

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Verbandes der Bäcker und Konditoren, Lebkübler, Arbeiter und Arbeiterinnen in der Kakes-, Zuckerwaren- und Schokoladen-Industrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2

Offizielles Organ der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Dresden), billengalle Nr. 12

Insertionspreis pro dreigeklapptes Petticote 30 Pf., für Mitgliedsmitglieder 20 Pf.

Das Reichsvereinsgesetz.

Die einzige wirksame Waffe gegen seine Ausbeuter hat der Arbeiter in dem Koalitionsrecht. Die lose, unverbundene Masse kann ihrer Kopfzahl nach noch so stark sein, sie bleibt ein Spielsball der Unternehmer; erst der einheitliche Willen gibt ihr die Kraft des Widerstandes und des Angriffs. Deshalb haben auch die Staatsgemalten im Interesse der Unternehmer das natürliche Recht der gegenseitigen Verbindung dem arbeitenden Volke so lange wie irgend möglich vorerthalten. Und als die industrielle Entwicklung dazu zwang, der immer stärker anschwellenden und immer ungestümter fordernden Arbeiterschaft doch diese Konzession im Prinzip zu machen, hat man bis zur Stunde in der Pragis alles getan, was die Handhabung dieser Waffe irgendwie erschweren konnte.

Das war sehr einfach! Indem man sich gegen die notwendige und selbstverständliche Ergänzung des Koalitionsrechtes — ein wirklich freies Vereins- und Versammlungsrecht — mit aller Kraft stemmte, machte man es ferner zu einem wesentlichen Teile wieder illusorisch. Natürlich waren es gerade die industriellen und handwerklichen Bundesstaaten des Deutschen Reiches — Preußen und Sachsen —, die in dieser Beziehung an der Spitze marschierten und mit Zöbigkeit und geradezu mitunter blindem Eifer die reaktionären Beschränkungen ihres Vereins- und Versammlungsrechts handhabten.

So kommt es, daß bisher eine freiheitliche und einheitliche Regelung der ganzen Materie ein frommer Wunsch unseres geblieben ist, und besonders die Zentralorganisationen mit den manichfältigsten und merkwürdigsten Schwierigkeiten in den verschiedenen deutschen Patriarden zu rechnen hatten. Nur der unerschrockenen und ausdauernden Hingabe der Arbeiter an ihre organisatorischen Aufgaben ist es zu danken, wenn sie trotzdem ihre gewerkschaftlichen und politischen Verbände zu gefürchteten Rechtsfaktoren ausbauen konnten.

Schließlich ist aber die Vorsichtslosigkeit auf diesem Gebiete besonders den Behörden, denen die „Überwachung“ des Versammlungsrechtes oblag, selber zu lästig geworden. Das immer mehr sich vertiefende Vereinsleben belastete sie in einigen Punkten doch zu stark, und so hat man sich entschlossen zu einer Regelung der Frage entschlossen. Was davon als Entwurf bereits in der Presse veröffentlicht wurde, gibt aber alle Veranlassung, der Arbeiterschaft zu ratzen: „Aufgepaßt! Man will unter der Masse der Verbesserung Euch noch mehr Fesseln anlegen!“

Zunächst ist es auffallend, daß die Verhältnisse der Berufsvereine — also der Gewerkschaften — noch einer besonderen Regelung vorbehalten werden sollen. Demnach hat man die Absicht, daß im Vorjahr durch die Reichstagabstimmung in der Versenkung verschwundene Knebelgesetz für die Gewerkschaften seine fröhliche Auferstehung feiern zu lassen. Doch soll jedenfalls der vorliegende Entwurf das allgemeine Ruster bilden. Was man im Gewerkschaftsrecht später nicht glatt unterzubringen hofft, wird durch das allgemeine Vereinsrecht schon im voraus geregelt, und hat man dann in Wirklichkeit gleich zwei sich gegenseitig ergänzende und verschärfende Standardwerte für die Arbeiterschaft zur Verfügung. Deshalb müssen wir uns auch schon mit dem vorliegenden Machwerk beschäftigen.

Die Regierungsbeamten haben damit wieder eine Probe ihres Könnens abgelegt, mit der der Scharfmacher-Müngel zufrieden sein wird. Die ganze Frage ist einfach und genial gelöst. Man hat aus dem veralteten Rechtsmaß gerade die schlimmsten Brocken herausgeschaut, zusammengeknüpft und als Rosinen ihm noch ein paar extraordinäre regatorische Bestimmungen zugesetzt. Über Bord geworfen wurde eben nur der von den Behörden selbst unbedeckt

und zwecklos empfundene Ballast. Und so können als relative Verbesserungen im ganzen Entwurf nur zwei Punkte angesehen werden. Die Frauen sollen künftig nicht mehr ausgeschlossen werden, und die Verpflichtung zur Anmeldung der Mitglieder soll in Begfall kommen.

Diesen geringen Zugeständnissen gegenüber (die politische Verstärkung der Frauen hat sich schon jetzt nicht mehr ganz unterbinden lassen, und mit der Anmeldepflicht der Mitglieder wußten sich die Wahlvereine auch abzufinden) gibt es eine ganze Reihe Verschlechterungen. So soll künftig überall jeder Dorfgendarm eventuell eine Versammlung auflösen können, wenn auf sein Verlangen — die Gendarmen sind natürlich gerade die Sachverständigsten — dem Redner nicht vom Vorsitzenden das Wort entzogen wird. Das ist heute ja chinesische Recht und soll nur deutsches werden. Aber auch das Präventivverbot, das Sachsen und Hamburg heute hat, d. h. das Recht zum Verbot einer Versammlung, wenn eine Störung der öffentlichen Sicherheit und Ruhe durch Tatsachen wahrscheinlich gemacht wird, soll allgemein werden. Das ist speziell ein preußisches Verlangen, denn dieser fortschrittliche Staat hat schon jetzt mehrere Städte in Gefahr glaubte, ohne berechtigte Handhabe aus dem freien Handgelenk heraus Versammlungen zu inhibieren verstanden. Ebenso soll bei jeder Versammlung unbedingt die Anmeldebescheinigung zur Stelle sein. Lehrlinge und Schüler sollen an Versammlungen, in denen öffentliche Angelegenheiten verhandelt werden, überhaupt nicht mehr teilnehmen dürfen. Das ist ein Schlag gegen die proletarischen Jugendorganisationen, die den Herren ganz besonders im Magen liegen. Als öffentliche Angelegenheiten läßt sich unter dem polizeilichen Gesichtswinkel bekanntlich alles betrachten, und dem Begriff „Schüler“ wird man auch die weiteste Auslegung geben.

Das Tollste ist aber, daß nur die deutsche Sprache in allen Versammlungen zulässig sein soll. Damit glaubt man mit einem Male die unliebsame Opposition der fremdsprachigen Reichsangehörigen endgültig gemacht zu haben. Gerade diese Bestimmung und das Versammlungsverbot für Lehrlinge usw. wird man sicher auch den Gewerkschaften aufhängen wollen. Denn damit glaubt unser Unternehmertum am besten die ins Land geholten Streiktreiber vor den hiesigen „Aufwiegeln“ zu schützen. Die Arbeiterorganisationen haben nicht versäumt, den Versuch zu machen, durch Wort und Schrift an ihre fremdsprachigen Arbeitsbrüder heranzutreten, und die hierdurch erzielten Erfolge sind es, die eine „Gefahr“ für die Ausbeuter bilden und mestwegen sie mit Freuden einer solchen Sanktionierung der Arbeiterschaft ihre Sanktion geben werden.

Man sieht, was auf dem Spiele steht und was unsere Regierung gemeinschaftlich mit den Blockparteien gegen das arbeitende Volk im Schilde führt. Daß der Aussfall der Wahlen am 25. Januar unheilvolle Folgen haben werde, war ja vorauszusehen, und niemand wird wirklich sozialpolitische Maßnahmen von diesen Reichstage erwarten. Stellt er doch eigentlich nur noch einen vergroßerten Verwaltungskörper der Regierung dar. Und wie weit andererseits der Einfluß des schlimmsten Scharfmacher-Müngels, des Bundes der Industriellen, auf die regierenden Kreise gebüßt ist, konnte man an dem plötzlichen Sturz Posadowitz erkennen, dessen rein diplomatische Sozialpolitik den Herren schon längst als zwecklose und unnötige Konzession an die Arbeiterschaft verhaftet war. Daß man jedoch der Arbeiterschaft unter der Masse von Verbesserungen obendrein seine wenigen Rechte noch derartig beschnüren will, wird sie doch nicht ruhig hinnehmen, und jedenfalls wird man sich in der Widerstandskraft des selben doch wieder getäuscht haben. Noch sind wir nicht niedergeschlagen! An den Organisationen liegt es jetzt, mit aller Wucht dagegen zu protestieren, daß auf diese Art ihnen

gewissermaßen ganze Glieder vom Körper abgetrennt werden sollen. Deshalb heißt es, schon jetzt die Mannschaften mobil machen, und wenn zum öffentlichen Protest gegen diese sauberer Bläue aufgerufen wird, hat auch der letzte Mann zu erscheinen.

Die Entwicklung des Bäcker- und Konditorenverbandes im dritten Quartal 1907.

Die nebenstehende Tabelle zeigt, inwieweit sich unser Verband im vergangenen Quartal entwickelt hat. Nach der Tabelle hatten wir im dritten Quartal dieses Jahres in unserer Organisation insgesamt 2541 Neuaufnahmen und 149 766 Beiträge zu verzeichnen. Ein Vergleich mit den Neuaufnahmen und Beiträgen vom vorhergehenden zweiten Quartal kann zu keinem ganz sicheren Schluss führen, da sich zu Beginn des dritten Quartals der Verband der Konditoren dem neuen Verband der Bäder, Konditoren und verwandten Berufsgenossen angeschlossen und der Verband der Konditoren vor dem Zusammenschluß keine Berichte über die Entwicklung in den einzelnen Quartalen herausgegeben hat. Ein Vergleich läßt sich zum Teil anstellen, wenn wir die Zahl der vom Konditorenverband zum neuen Verband übergetretenen Mitglieder als Grundlage nehmen. Durch den Zusammenschluß der Verbände der Bäder und Konditoren zu einem Verband haben 25 Bahnhöfen des früheren Bäckerverbandes aus den Reihen der Mitglieder vom Konditorenverband einen Zuwachs erhalten, außerdem hat der neue Verband 4 Bahnhöfe vom Konditorenverband erhalten, wo kurz vor keine Bahnhöfe des Bäckerverbandes bestand, und zwar Bibrach, Bielefeld, Herford und Malmö. Laut Heberegister sind im vergangenen Quartal vom Verband der Konditoren in den neuen Verband an folgenden Orten Mitglieder übergetreten: Apolda 11 Mitglieder, Augsburg 3, Berlin 162, Bibrach 10, Bielefeld 17, Braunschweig 1, Breslau 4, Cöln 30, Danzig 8, Dresden 628, Frankfurt a. M. 12, Halle 16, Hamburg-Altona 70, Hannover 184, Herford 52, Karlsruhe 3, Kiel 1, Leipzig 27, Magdeburg 68, Malmö 6, München 128, Nürnberg 338, Rostock 4, Rudolstadt 8, Solingen 14, Stettin 24, Straßburg 2, Stuttgart 18 und Wiesbaden 3 Mitglieder. Außerdem sind 20 Einzelmitglieder übergetreten und beträgt demnach die Gesamtzahl der vom Konditorenverband übergetretenen 1860 Mitglieder. Ein neueren Wertem Gewinn von über 100 Mitgliedern haben durch den Übergang der Konditoren die Bahnhöfe Berlin, Hannover und München und vor allem Nürnberg und Dresden erhalten. In einigen Bahnhöfen wird der Übergang der Mitglieder vom Konditorenverband noch nicht vollständig vollzogen, sein und sei daher auch an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß solche Konditorenmitglieder, die noch kein Mitgliedsbuch vom neuen Verband erhalten, das neue Verbandsbuch von der Ortsverwaltung nunmehr unverzüglich ausgestellt bekommen.

Rückt man nun die 1860 Übergänge von den Konditoren als Grundlage zum Vergleich zu den 24 546 Beiträgen, die der neue Verband im dritten Quartal mehr vereinnommt, als der Bäckerverband im vorhergehenden Quartal, so kommt man zu dem Resultat, daß nach den geleisteten Beiträgen die Mitgliederzahl unseres Verbandes nicht nur stabil geblieben, sondern sogar ein kleiner Fortschritt zu verzeichnen ist. Dieser kleine Fortschritt in der Beitragszahl muß uns wertvoll genug sein, da wir in den vorhergehenden Jahren im dritten Quartal gegenüber dem zweiten Quartal immer keinen oder nur geringen Vorsprung zu verzeichnen hatten. In der Zahl der Aufnahmen halten wir in dem dritten Quartal gegenüber dem vorhergehenden früher stets einen Rückgang, und trifft dies auch diesmal zu. Im zweiten Quartal 1907 hatte der Bäckerverband 3184 Aufnahmen, der neue Verband verzeichnet im dritten Quartal nur 2541 Aufnahmen, das sind 643 weniger als der Bäckerverband im zweiten Quartal hatte. Erfahrungsgemäß hat uns das zweite Quartal mit seinen Lohnbewegungen immer die meisten Neuaufnahmen gebracht, und ist daher der Rückgang im dritten Quartal leicht erkläbar.

Stellen wir Betrachtungen über die Aufnahmen in den einzelnen Gauen an (die frühere Gauenteilung haben wir auch jetzt noch beibehalten), so finden wir, daß im dritten Quartal gegenüber dem zweiten Quartal der Gau Breslau 45 Neuaufnahmen mehr zu verzeichnen hat; die Zunahme im Gau Düsseldorf beträgt 28, im Gau Frankfurt 35 und bei den Einzelzählern der Hauptorte 17. Im Gau Berlin beträgt die Zunahme an Neuaufnahmen 468, der Gau Hamburg hat 160 Aufnahmen weniger, Leipzig 55 und Gau München 83. Die Zahl der Beiträge ist im dritten Quartal in allen Gauen gestiegen. Den größten Vorsprung hat Gau Leipzig mit 9339 Beiträgen, ihm folgt München mit 5251, Berlin 4541, Hamburg 2551, Düsseldorf 1914, Breslau 493 und Frankfurt mit 298. Die Zunahme bei den Einzelzählern beträgt 229 Beiträge.

Mitgliedszahlen	1903		1904		1905		1906		1907								
	Durchschnittl. des Quartals	Jahr.	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	Summe	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal							
	Aufz.	Beitr.	Aufz.	Beitr.	Aufz.	Beitr.	Aufz.	Beitr.	Aufz.	Beitr.	Aufz.	Beitr.	Aufz.	Beitr.	Aufz.	Beitr.	
Gesamt																	
Berlin	216	6336	1153	17746	361	7575	468	31301	173	20438	1101	26006	810	28712	813	288	
Brandenburg	5	140	8	599	6	406	3	382	5	336	3	336	3	313	3	303	
Mecklenburg	9	151	5	363	8	337	15	338	8	360	18	424	8	461	8	461	
Preußen	—	—	—	—	—	—	—	—	14	287	4	381	14	163	14	163	
Westfalen i. d. S.	4	189	1	155	2	167	2	260	1	278	4	167	1	178	1	178	
Halberstadt	—	—	3	63	10	168	7	197	2	125	34	272	17	178	17	178	
Magdeburg	9	118	25	1844	16	1433	22	1531	8	2784	19	1831	58	2951	58	2951	
Sachsen-Anhalt	1	61	1	61	1	64	2	65	1	62	170	170	5	154	5	154	
Sachsen	12	53	570	35	700	41	1135	20	960	21	987	20	1488	20	1488		
Thüringen	—	—	—	—	—	—	—	—	78	—	77	2	78	2	78	2	78
Summe	214	8431	1213	20417	436	22186	566	35676	585	24916	1218	30883	747	35134			
Gesamt Preußen																	
Breslau	55	647	38	976	53	120	42	942	19	716	23	784	21	798	21	798	
Stromberg	—	26	3	71	7	317	3	33	6	46	18	10	10	10	10	10	10
Danzig	—	—	24	518	15	103	35	835	30	1076	42	1334	72	1866	72	1866	
Berlin	—	—	13	153	24	222	4	143	5	117	1	147	3	138	3	138	
Stettin	25	175	15	155	15	321	18	282	4	141	4	260	15	188	15	188	
Königsberg i. Pr.	10	139	18	242	8	137	22	292	23	318	8	377	7	285	7	285	
Stralsund	—	—	—	—	—	—	—	—	147	—	—	—	3	130	3	130	
Dresden	—	—	—	—	—	—	—	—	12	186	5	150	8	212	8	212	
Wittenberg	—	—	—	—	—	—	—	—	12	186	2	150	5	212	5	212	
Summe	45	957	163	1991	173	2907	172	3029	95	2735	87	2969	120	3483			
Gesamt Hamburg																	
Altona	25	2900	29	3579	53	2550	36	3061	—	394	3	331	2	396	2	396	
Stadt-Billwerder-Bremen	15	223	7	336	19	481	9	276	3	260	—	—	—	—	—	—	—
Geestendorf	4	206	3	260	—	360	—	260	—	318	12	616	18	633	18	633	
Stromtrotha	3	449	30	721	24	735	21	504	8	1533	77	1864	18	1994	18	1994	
Bremen	12	129	26	471	17	406	13	1416	50	629	18	655	5	575	5	575	
Wittmundhaven	—	103	5	195	8	194	12	373	31	287	—	122	—	10	—	10	
Hamburg	94	2886	100	8658	17	8558	132	18751	211	15812	229	16203	206	17416	206	17416	
Hameln	10	327	36	735	17	693	53	867	215	1196	53	1567	61	3899	61	3899	
Verden	7	415	7	545	9	630	11	571	6	503	18	533	5	571	5	571	
Oldenburg	15	2151	29	1448	11	1168	16	1563	21	1340	33	1804	18	1887	18	1887	
Wilhelmshaven	12	1873	26	1220	1	544	5	500	17	964	8	992	4	1002	4	1002	
Emden	1	128	3	260	2	344	8	302	7	373	9	306	2	286	2	286	
Geestlande	2	122	2	66	5	56	6	154	5	253	22	108	2	108	2	108	
Osnabrück	7	71	4	185	4	168	7	260	4	220	2	286	3	108	3	108	
Stade	—	—	9	66	4	66	18	211	5	243	12	228	3	215	3	215	
Soest	3	64	2	213	5	220	3	206	2	110	5	167	1	155	1	155	
Coesfeld	—	—	3	246	1	237	1	218	1	298	2	301	1	314	1	314	
Summe	224	14773	201	2802	267	3000	264	2820	178	24861	517	26822	537	29833			
Gesamt Sachsen																	
Leipzig	—	—	0	64	0	130	2	66	—	—	—	—	9	389	9	389	
Chemnitz	—	—	—	—	—	2	54	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Werdau	—	—	26	964	22	2400	48	1464	19	1204	70	1488	41	1998	41	1998	
Wittenberg	17	466	16	466	8	261	24	956	26	1005	16	1030	25	1042	25	1042	
Leipzig	21	466	22	673	20	722	24	726	19	101	20	645	27	876	27	876	
Werdau	24	466	22	1229	18	995	30	1844	22	1329	22	1584	27	1880	27	1880	
Leipzig	25	173	29	466	47	661	46	1199	25	1025	41	1329	21	1846	21	1846	
Wittenberg	—	—	2	128	2	162	—	—	—	112	274	2	101	201	201	201	201
Summe	224	214	201	214	163	214	214 </td										

Es verausgabten für

Agitation
Arbeitervertreterwahlen
Statistische Erhebungen
Herbergen und Arbeitsnachwuchs
Gewerkschaftshäuser und Versammlungssäle
Auskunftsleitung, Bibliotheken und Lesehallen
Streiks (aus der Kartellklasse)
Verwaltung: Gehälter, Miete, Verwaltungsmaterial, Inserate usw.

Auf welchen Gebieten die Mehrzahl der Kartelle sich herboragend betätigt, läßt sich am besten an den ausgewendeten Kosten ermessen. Der Agitation haben die Kartelle unzweifelhaft im letzten Jahre weit mehr Aufmerksamkeit zugeschaut als in den Vorjahren. Wiederholst wissen wir darauf hin, daß die Kartelle diese ihre Hauptaufgabe teilweise ungern genug, zum Teil gar nicht erfüllen, und mit Befriedigung können wir heute die eingetretene Besserung konstatieren. Ebenso sehen wir, daß die Kartelle sich immer mehr den Charakter als Erziehungsanstalten annehmen. Die Summen, die von den Kartellen für Auskunftsleitung, Bibliotheken und Lesehallen aufgewendet werden, sind rapid gestiegen. Während 1903 für diese Zwecke von 211 Kartellen M. 69 737 verausgabt wurden, haben 1906 831 Kartelle die Summe von M. 157 404 für solche Zwecke verwendet.

Die Kartelle der gegnerischen Gewerkschaften.

Unsere Kartelle haben der gegnerischen Gewerkschaftsbewegung im letzten Jahre jedenfalls eine größere Aufmerksam zugewandt als früher, das wird dadurch bewiesen, daß ihre Angaben bezüglich der Existenz christlicher Kartelle zuverlässig sind, was in den vorhergehenden Jahren nicht der Fall war. Es sind danach in 130 Orten neben unseren Kartellen auch christliche vorhanden, das besagt, daß in diesen Orten die christliche Bewegung zu einer gewissen Bedeutung gelangt ist. Über die Stärke der christlichen Kartelle sind unsere Genossen nur wenig informiert; denn nur 79 Kartelle waren in der Lage, Angaben über die Zahl der den christlichen Kartellen angeschlossenen Gewerkschaften machen zu können. Die Gesamtzahl der christlichen Gewerkschaften in 79 Kartellen beträgt 412. Christliche Arbeitersparteien und Volksbüro e. a. sind in 80 Kartellorten vorhanden. Diese haben sich seit 1905 nicht wesentlich vermehrt. Dagegen muß man anerkennen, daß die christlichen ihren Verhältnissen entsprechend, auf diesem Gebiete das möglichste zu leisten suchen.

Die Zahl der Hirsch-Dünnderschen Ortsverbände wied auf 157 und die der dazu gehörigen Ortsvereine auf 659 angegeben. Auch diese Angaben dürften den tatsächlichen Verhältnissen ziemlich entsprechen. Von einem wesentlichen Fortschritt kann bei den Hirsch-Dünnderschen keine Rede mehr sein, ihre Zeit ist abgelaufen. Als Unterstützungsklassen mögen sie noch lange bestehen, und im wirtschaftlichen Kampfe werden sie auch noch öfters von sich reden machen, indem ihre Mitglieder die Rolle der "Gelben" spielen dürfen, ohne von der Organisation dafür zur Weisheit gezogen zu werden.

Jahr:	Hirsch-Dünndersche		Christliche		
	Ortsverbände	Zahl der Ortsvereine	Sekretariate	Orts-Kartelle	angehörende Gewerkschaften oder Volksbüro e. a.
1902	128	495	1	32	91
1903	187	548	3	42	160
1904	133	496	5	58	211
1905	145	430	15	94	356
1906	157	559	18	130	412

Über die Tätigkeit unserer Gewerkschaftskartelle im Jahre 1906 können wir uns im allgemeinen anerkennend aussprechen. Die Agitation, die Auskunftsleitung, das Bibliothekswesen, die Vorbereitungen für die Arbeitervertreterwahlen, das alles sind Aufgaben, die die Gewerkschaftskartelle im letzten Jahre nach Möglichkeit zu erfüllen geruht haben und der Erfolg wird die ausgewendete Arbeit reichlich lohnen. Wir können um so mehr der Tätigkeit der Gewerkschaftskartelle unsere Anerkennung zollen, als gerade die wichtigsten Gebiete besonders ins Auge gefaßt worden sind. Werden die Kartelle in dieser Weise sich weiter betätigen, so dürfen sie der weitgehendsten Unterstützung seitens der Gewerkschaften und der Vertretung ihrer Gewerkschaften sicher sein.
L. Brunner.

Der „Segen“ der Lungenheilstätten und die Volkswohlfahrt.

Eine sozial-hygienische Betrachtung von Th. D.

In erstaunlicher Weise vermehren sich die Lungenheilstätten; man weiß nicht, soll man sich darüber freuen oder soll man bedauern die Achseln zudenken. Jedenfalls ist es kein gutes Zeichen, wenn heute die Heilstätten wie Pilze aus der Erde schießen, es beweist, daß die Erkrankungen der Lunge mehr denn je unter der Bevölkerung grassieren.

Öffentliche Heilstätten für Lungentranke bestanden schon früher, aber nicht in solchem Umfang, und dann waren diese nur den Bemittelten in der Bevölkerung zugänglich. Die neueren Heilstätten sollen jedoch direkt für das ärmere Volk dienen, man will auch dem Armen Hilfe bringen, damit er nicht umkommen in seinem Elend.

Man sieht verwundert ob dieser Erscheinung und fragt sich, wie es denn kommt, daß plötzlich die Humanität sich so vorsorglich auch den Armuten der Armen zuwendet. Lebhaft könnte man sich der Worte in Goethes „Faust“ erinnern: „Rein, nein! Der Teufel ist ein Egoist und tut nicht leicht um Gottes willen, was einem andern nützlich ist.“ Diese auffällig gut Schau getragene Fürsorge für die armen Lungentranke könnte uns stutzig machen, gegenüber dem Ausbeutungsprinzip des kapitalistischen Unternehmertums. In der Tat ist denn auch die Humanität an der Gründung von Lungenheilstätten erst in zweiter oder dritter Linie beteiligt. In erster Linie sind es wohl egoistische Beweggründe, welchen wir die Gründung der

1903		1904		1905		1906	
Kartelle	M.	Kartelle	M.	Kartelle	M.	Kartelle	M.
280	29185	289	40222	358	40773	419	68677
184	9856	192	24580	175	18787	185	22374
88	2042	88	2711	50	2995	70	5080
21	10058	17	8919	38	10348	51	5263
18	2781	17	53871	46	41883	46	50682
211	59787	208	62003	892	128832	331	157404
222	60870	217	43978	204	34077	214	27919
815	88652	299	29246	381	95891	408	121077

Vollslungenheilstätten verdanken. Es sind dies „Humanitätsgründe“, welche mit der wachsenden Erkenntnis des Wesens der Lungenenschwindsucht in gewissen Kreisen plötzlich zum Durchbruch gelangt sind. Die Anschauung von der furchtbaren Ansteckungsgefahr des „Schwindsuchtbasillus“ hat sich weiter breit gemacht, und das von Zeitungen und Zeitschriften mit schauerlichen Bürgen an die Wand gemalte Gespenst der Lungenenschwindsucht beginnt auch den „oberen Behnauend“ Schreden einzuflößen. Da erscheint es an der Zeit, den Unhold zu bannen und Schwachsinn gegen das Umsichtgreifen der Seuche zu treffen. Als der Auswurf des Gustens Lungenfranzen als das ansteckende Medium erkannt war, da erschien es nur zu natürlich, daß man die Kranken selbst, gleich den Lehrerantaten früherer Zeiten, soweit als möglich von sich entfernen, um sie zu heilen, vor allem aber der Ansteckungsgefahr vorzubeugen.

Da es sich um einen „guten Zweck“ handelt, slog das Geld zur Einrichtung solcher Sanatorien reichlich. Man fand in den Reihen der „oberen Behnauend“ ein Verständnis für die Leiden der armen Teufel, denen der Tod bereits im Norden saß; man konnte sie jetzt den Lungenheilstätten überantworten. Die einzige Schwierigkeit bot noch die Auswahl der Ortlichkeit für die zu errichtenden Erholungsanstalten. Nur weit, recht weit von den großen Zentren entfernt, aber nicht in die Nähe unserer Villen und Erholungsorte, tief in die Leide menschenleerer Gegend hinein — in einen Wald — die Waldbluft ist ja ohnedies gesund.

Mit einem tohren Feuerfeuer betrieb man seinerzeit das Geldsammeln für die Errichtung von Lungenheilstätten. Alle modernen Wohltätigkeitsvereinigungen wurden ins Werk gesetzt — Konzerte, Bälle, Basare bildeten den Tummelplatz für die Geldsammlungen; man sang, man tanzte, man spielte Komödie, alles dies, um den großartigsten Gedanken, der jemals einem Menschenhit entstanden, zu verwirklichen. Man schwelgte förmlich in Humanität, aber leider ist sie selbst im Interesse des Ruhmehers schwer zu verwerten. Soll vielleicht einem armen Schwindsüchtigen in Wirklichkeit zunächst damit ein Dienst erwiesen werden, daß man ihn aus seiner Familie herauszieht und in eine weitentfernte Lungenheilanstalt versetzt, wo man ihn monatelang festhält, an ihm herumprobiert, um, falls er wirklich geheilt wird, ihn mittellos in seine ärztlichen Verhältnisse zurückzulassen zu lassen? —

We lange wird es denn dauern, dann ist das Elend von neuem da — dieselben erbärmlichen Lebensverhältnisse, welche die Krankheit hervergerufen haben, sind bestehen geblieben, dieselbe gesundheitsnaheile Bejächtigung wird wieder aufgenommen, inzwischen vielleicht noch ein paar Kinder in die Welt gezeugt, und dann meldet sich die Schwindsucht, diese „Geibel des Proletariats“, nach und nach wieder.

Es berührt sonderbar, wenn man in ärztlichen Zeit-schriften den „Segen der Lungenheilstätten“ eroähnt findet. Da heißt es z. B.: „Wer dazu mithilft, dem Staat jährlich 100 000 Menschen zu erhalten, erwirbt sich ein dauerndes Verdienst nicht nur um seine Mitmenschen, sondern um unser gesamtes deutsches Vaterland.“ Dies heißt doch in der Tat so viel als wir müssen Lungenheilstätten haben, damit wir dem Staat Arbeitsträger und nützliche Menschen erhalten können; dies kann doch aber auf andere Weise weit sicherer und natürlicher geschehen. Müssten denn die Menschen erst stark werden, damit sie den „Segen der Heilstätten“ empfinden können? —

Wäre denn auch hier die Vorbeugung, die Verhütung, nicht vernunftmäßiger als die Heilung? Wenn man das viele Geld, welches alljährlich zur Erhaltung der Lungenheilstätten gebürt, wenn man die ungeheuren Summen, die zu ihrer Errichtung erforderlich waren, wenn man all das viele Geld zur Aufbesserung der materiellen Verhältnisse der Notleidenden, zur Errichtung von Ferienkolonien für alt und jung, zur Erbauung gesunder Wohnungen, von Heilanstalten usw. anwenden würde — sollten hier die Erfolge nicht dauernder, nachhaltiger sein?

Soziale Schäden werden dadurch nicht beseitigt, daß man sie recht hübsch übertünkt und beplastert. So wenig man eine verschlungene Gegend dadurch beseitigt, daß man den Sumpf zudeckt, anstatt ihn auszutrocknen, ebensowenig wird dem Proletariat geholfen, wenn man eine Krankheit abschlächtig am einzelnen Individuum heilt, aber die Ursachen als solche bestehen läßt. Nicht der „Rochische Tuberkelbasillus“ ist die Grundursache der Schwindsucht, sondern die schlechte, mangelhafte, ungenügende Ernährung, der ungerechte Schlaf, die übermäßigen Anstrengungen, die feuchten, ungefundene Wohnungsverhältnisse, der Schmutz und die Unreinlichkeit, kurzum das ganze Heer von gesundheitswidrigen Zuständen im Bunde mit althergebrachten Gewohnheiten. Das sind die Grundübel, welche an erster Stelle für die Entstehung der Schwindsucht in Betracht zu ziehen sind. Schafft man diese Grundübel nach Möglichkeit aus der Welt — schafft man den Röhrloden fort, indem man den Sumpf sozusagen zuschüttet, der Rochische Bazillus wird alsdann zu den harmlosen Lebewesen herabgesunken, vor denen sich kein kräftiger Mensch zu fürchten hat.

Aber freilich, für so banale Zwecke — den Röhrloden zu füttern, besser wohnen zu lassen, ihn in bessere Lebensverhältnisse zu versetzen, dafür haben die kapitalistisch-schädlichen Geldproleten kein Verständnis, diese „Güter des Geldsack“ haben weder Zeit noch Geldopfer übrig, um sich um die allgemeine Wohlfahrt bemühen zu können. Allerdings, um sich vor Ansteckung zu schützen, da ist kein Ding zu teuer, da gründet man schließlich auch „Heilstätten“ für die

an Tuberkulose erkrankten Proletarier, nachdem man ihnen das Mark aus den Knochen herausgeschunden. Eine solche Anspruch erheben, diese Art von Fürsorge für elende, siehe Menschen ist höchstens als ein „Humanitätsbrot“ zu betrachten. Wollen wir wirklich praktisches Christentum treiben, so muß dem „Baume die Art an die Wurzel gelegt“, die Ursachen der Schwindsucht müssen möglichst beseitigt werden. Teils sind diese in der Vererbung zu suchen, in der Haupttheile aber sind sie zurückzuleiten auf das wirtschaftliche Elend, auf Armut und Unfruchtbarkeit, auf die Vernachlässigung der Volksziehung. Die rationellste Bekämpfung der Schwindsucht kann deshalb nicht durch Lungenheilstätten erfolgen, sondern durch Hebung der allgemeinen Volkswohlfahrt. Datum merkt es Euch, Ihr Proletarier, kämpft für bessere Lebensverhältnisse; dann brauchen wir keine Lungenheilstätten. —

Aus der Konditorei-, Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie.

Aus der Großindustrie.

Die Bayerische Zuckerwarenfabrik in München-Pasing ist seit dem Streik und seitdem die Organisation nicht mehr dort vertreten ist, zum Laubensitz geworden. Selbst die ehemaligen Raubreicher müssen nach und nach aus dem Elend heraus. Mancher dieser Kollegen muß jetzt einsehen, daß alle schönen Versprechungen einer solchen Direktion nichts als leerer Wahn ist. Bereits sind drei dieser Leute unter größter Rigorosität herausgeworfen worden und müssen nun für ihre ehemalige unschöne Handlungswise schwer büßen. Ihre rigorosen Handlungswweise die Krone aufgesetzt hat die Fabrikleitung aber mit der Entlassung von 15 Arbeitern, weil sie eine Betriebsversammlung besuchten. Doch frohen Herzens kehrten sie der Fabrik den Rücken, weil sie wußten, daß anderswo nicht zu verdienen, und kein so schroffes System an der Tagesordnung ist. Der größte Teil der noch dort Beschäftigten ist aber auch keines anderen Systems wert; denn sie trauen sich nicht, eine derartige Fabrik zu verlassen. Nur eines möchten wir der Direktion zutrauen: nie und nimmer werden wir uns davon abhalten lassen, den dortigen Kollegen und Kolleginnen die Bedeutung der Organisation vor Augen zu führen und sie auf ihre Menschenwürde und Rechte aufmerksam zu machen. Wer aber nachgeben wird, muß die Zukunft lehren. Bei der Gelegenheit wollen wir auch der Meinung Ausdruck geben, daß es keine Empfehlung für die Bederle der Firma ist, wenn mit dem Gesicht, worin der gekochte Zucker geleert wird, der Abort und die Maschinen gesetzt werden; das dürfte selbstredend sein. Hoffentlich lassen sich aber auch unsere Kollegen nicht mehr so leicht ins Garn locken. Aus Deutschland scheint überhaupt niemand mehr zu lernen; denn ihrem letzten Arbeitgeber aus Süßland.

Südwestafrikanischer Kafao. Der „Kowadts“ bringt unter dieser Überschrift eine Notiz, welche auch unsere Vereinskollegen interessieren wird. Sie lautet:

Herr v. Lindequist ist heute in Berlin eingetroffen. Wenn wir recht unterrichtet sind, hat er aus Südwestafrika Kafao und Schokolade im Werte von 3 Millionen Mark mitgebracht, vorausgesetzt, daß er Abnehmer für die Ware findet. Dieser Kolonialkafao ist freilich kein Kolonialprodukt, sondern eine Gabe, die uns Südwestafrika zurückgibt, da sie dort keine Liebhaber gefunden hat. Das Kommando der Schutztruppe hatte den Kafao in der „Deutsch-Südwestafrikanischen Zeitung“ gegen Meißtigebot angeboten. Da aber der Meißtigebote nur 70 Pf für das Kilogramm zahlen wollte, zog man es vor, die Ware wieder mit nach Deutschland zu schicken. Ob hier ein wesentlich höheres Gebot erzielt wird?

Die in Frage kommenden Mengen von Kafao und Schokolade wurden in Süßland vom Kommando der Schutztruppe „ohne Gewähr“ ausgetragen. Die Soldaten der Schutztruppe sollen, wie uns geschrieben wird, in der letzten Zeit die ihnen gegebenen Portionen den Eingeborenen gegeben und sie schließlich, da sie auch die Eingeborenen nicht haben wollten, einfach fortgeworfen haben. Sollte das an der Qualität der Ware gelegen haben?

Es wäre nicht uninteressant, zu erfahren, wieviel die Regierung für diesen Kafao und diese Schokolade gezahlt hat, wer die Ware lieferte und welche Verwendung sie finden wird. Außerdem erscheint es uns doch eigenartig, daß solche Mengen von Kafao und Schokolade noch vorhanden waren. Das Kommando der Schutztruppe motivierte das in seiner Anzeige mit der Verminderung der Schutztruppe. Mit dieser Verminderung wurde doch spätestens schon im Dezember vorigen Jahres gerechnet!

Nun wissen unsere Kollegen bei Hildebrand & Sohn sowie bei der Firma Gebrüder Stollwerck wenigstens, weshalb sie vor circa einem Jahr Tag und Nacht und des Sonntags bis spät Abends schufteten müssen, um nur rechtzeitig die Lieferungen für die Schutztruppe fertig zu bekommen, natürlich, ohne einen Pfennig höhere Bezahlung dafür zu erhalten. Diese beiden Firmen waren die Meistbeteiligten an den Lieferungen für die Schutztruppe, was natürlich bei ihrem guten Ruf in höheren Kreisen kein Wunder ist. Seit Jahresfrist liegt außerdem die Leitung des Kolonialamts selbst in den Händen eines Mannes, der mit unserer Industrie einige Verbindung hatte und wahrscheinlich auch heute noch nicht ganz ohne Fühlung mit den wabgebenden Kreisen verkehrt. Herr Dernburg saß lange genug im Aufsichtsrat der Stollwerck-Kaffeegesellschaft, um die Bedürfnisse und Leistungsfähigkeit der Schokoladenbranche zu kennen. Also gerade die schlumrhaften Ausbeutungsfirmen haben bei den schönen Lieferungen ihren Redebach eingelädet, und die trotz aller Klagen noch immer auf den früheren Höhe stehenden Dividenden beweisen am besten, was bei dem Geschäftchen herausgeprungen ist. Fürwahr, die Kolonialpolitik hat doch für manche Leute recht erfreuliche Nutzen, und es ist klarlich, daß man aus dem Volke immer neue Summen für unser Neudeutschland herauszuqueren sucht.

Mit den Kafao- und Schokoladebestellungen ist man ja gleich ordentlich „in die Bollen“ gegangen. Wahrscheinlich hatte man die Absicht, die bitteren Leiden der Truppen mit Schokoladenbergen zu überdecken, hat aber nicht daran gedacht, daß der immerwährende Genuss dieser Stoffe gerade in den heißen Ländern am ehesten auf den Widerstand der Bevölkerung

einigen Jahren ebenfalls plötzlich sich die Kollegen und Kolleginnen auftrafften und Erfolge erzielten. Und hier gibt es noch viel Versäumtes nachzuholen. Kollege Biegton äußerte sich noch zu den verschiedenen Fragen und war die Meinung der Kollegen die, daß es das Beste sei, wenn die einzelnen Kollegen sich im Stillen dem Verbande anschließen. Einige taten dies auch schon am selben Abend und blieben wir nach der Aussprache noch lange, die Meinungen austauschend, kollegial beisammen.

Stuttgart. Donnerstag, den 24. Oktober, referierte Kollege Lantkes aus Frankfurt a. M. über das Thema: "Der wöchentliche Ruhestand im Bäckergewerbe und die Meliorationsregelung". Redner schätzte unter großem Beifall der Anwesenden den sozialen Kurs im Reich, der in den letzten Jahren auf einem hohen Punkt angelangt sei; er gehörte das scharfmacherische Gebaren der Unternehmer, die mit den gewöhnlichen Waffen gegen die Bestrebungen der organisierten Gesellen Sturm laufen. Die bekannte Resolution wurde, nachdem sich noch mehrere Redner im Sinne des Referenten an der Diskussion beteiligten, einstimmig angenommen.

Wiesbaden. Die öffentliche Versammlung mit der Tagessordnung betreffs des wöchentlichen Ruhestands fand hier am 22. Oktober statt. Das Referat hatte Kollege Dengel übernommen. Seine Worte wurden mit Beifall aufgenommen. Die Diskussion bestand ebenfalls anregend und gab sämtliche Redner der Meinung Ausdruck, daß wenn von Seiten der Regierung nichts geschehe, wir versuchen müssen, mit Hilfe des Verbandes uns den Ruhestand zu erringen. Eine diesbezügliche Resolution wurde unter starker Beifall einstimmig angenommen.

Geith. Am 31. Oktober fand eine öffentliche Versammlung für Konditoren und die in der Schokolade- und Rahmungsmittelindustrie beschäftigten Kollegen und Kolleginnen statt. Als Referent behandelte Kollege Fis das Thema: "Arbeiterorganisationen und Unternehmerorganisationen". Seine Aufführungen fanden lebhafte Beifall. In der Diskussion wurde festgestellt,

dass die Verhältnisse am Orte tiehraurig sind, denn es beginnen Löhne für Arbeiterinnen von pro Woche M 8 bis 7, für Familienväter von M 15 bis 16. Darum müßte es jeder für seine Pflicht halten, sich der Organisation anzuschließen. Im Schlussswort führte der Referent den Kollegen und Kolleginnen nochmals vor Augen, welche schönen Erfolge die Organisation an anderen Orten erzielt. Trotzdem die Versammlung mäßig besucht war, wurden doch sieben Aufnahmen erzielt.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Die Handwerker der Firma Jandorf, Warenhäuser in Berlin, sind ausgesperrt bzw. stehen im Streit. Die von den Arbeitern gestellten minimalen Forderungen wurden von der Firma abgelehnt und an Stelle dessen ihnen ein Nevers vorgelegt, wonach sie schimpfliche Verwünschungen einzugehen sollten. Als die Arbeiter die Unterschrift des Nevers ablehnten, wurden sie kurzerhand entlassen. Die Berliner Arbeiterschaft hat nun mehr beschlossen, über die Warenhäuser der Firma Jandorf den Boykott zu verhängen. Die Unternehmerorganisationen der Warenhäuser Spezialgeschäfte und des Transportgewerbes haben sich der Sache angenommen; sie wollen für die Folge den Nevers der Firma Jandorf in ihren Geschäften einzubringen. Abmachungen mit der Arbeiterorganisation aber ablehnen. Vorwürfshalber werden die Mitglieder der erwähnten Organisationen nur per Zirkular zu diesen Maßnahmen aufgefordert; ein Beschluß ist nicht geacht worden. Nach dem Zirkular sollen die Arbeiter verpflichtet werden, sich mit einem wöchentlichen Lohnabzug bis zu insgesamt M 101 einverstanden zu erklären. Diese Summe soll als Konditionalstrafe dienen, falls der Arbeiter seine Stelle ohne Entschuldigung aufgibt; oder aber „ohne gesetzlichen Grund“ eine Arbeit verweigert.

Die Abrechnung des Brauereiarbeiterverbandes für das erste Halbjahr 1907 ergibt eine doch einzu schätzende Leistungsfähigkeit des Verbandes. Die Gesamteintrittszahlen betragen M 8.804,22, die Ausgaben M 256.583,68. Von den Ausgaben entfallen M 46.583,60 auf die Krankenunterstützung, M 957,30 auf Arbeitslohnunterstützung und M 49.772,88 auf Streikunterstützung. Der Haushaltserstand betrug am Schluss des zweiten Quartals M 320.468 und der Mitgliederbestand 31.866. Die Mitgliederzunahme belief sich im ersten Halbjahre dennoch auf 2731.

Die Mitgliederzahl des Zimmerererverbandes betrug am Schluss des zweiten Quartals 55.874, der Vermögensbestand M 1.088.971,57. Die Ausgaben für Streiks betragen im Quartal M 288.717,24.

Zum Centralverband der Stoffwaren hat eine Abstimmung über die Angliederung an den Maurerberband festgestanden. Das Ergebnis ist in der Nr. 44 des "Stoffwaren" veröffentlicht. Von 8893 Mitgliedern, wovon 7098 stimmberechtigt waren, haben sich 5612 an der Abstimmung beteiligt. Für die Angliederung entschieden sich 2127, dagegen 4484. Somit ist der Anschluß abgelehnt.

Genossenschaftliches.

Unsere Genossenschaftstarif haben außer den in den bisherigen Veröffentlichungen bekannten gezeigten 79 Vereinen noch folgende 5 Vereine angeschlossen: Genossenschaftsbäckerei zu Hannover; Oldenburger Konsumverein in Oldenburg i. Br.; Spar- und Konsumverein in Bussenhausen. Das sind nun insgesamt 84 neuere Vereine, welche 74 Bäckmeister und 1001 Gesellen beschäftigen.

Sozialpolitisches.

Die abgeklärten großen gelben Geister in der Dresdner Ortsfrankenfasse. Nebst jedes selbständige Regen der Gesellen ürgen sich die Meisterreichen. So liegt dem Dresdenen Innungsgebäude die Ortsfrankenfasse für das Bäckergewerbe im Wogen, und zwar deshalb, weil organisierte Gesellen mit im Vorstand sitzen und der Vorsitzende der Fasse unter gleichzeitiger Bezirksleiter Kollege Biegton ist. Nachdem

die Armen wochenlang ihr Sitten gemartert, kamen sie zu dem Entschluß, bei der Aufführungshörde, dem Magistrat der Stadt Breslau, gegen die Vorstandshaft Biegtons zu protestieren. Mit Hilfe des Innungsschreibers wollte man gefunden haben, daß Biegton gar nicht freiwilliges Mitglied der Ortsfrankenfasse sein dürfe, da er in vertraglicher Beschäftigung stehe, und weiters könne er nicht Vorsteher sein, weil nach dem Statut einer von den beiden Vorsitzenden ein Arbeitgeber, einer Arbeitnehmer sein müsse. Biegton sei nicht Arbeitnehmer. Den sonderbaren Ansichten folgte selbstredend Abwehrung ihres Protestes. Der Magistrat schloß sich im wesentlichen der Meinung des Vorstandes an, und heißt es in dem Schreiben unter anderem:

"Die Berechtigung zur freiwilligen Weiterversicherung erhält außer durch Nichtzahlung der Beiträge nur durch Eintritt in eine frankenversicherungspflichtige Beschäftigung. Die Tätigkeit im Verbande deutscher Bäcker unterliegt aber nicht der Versicherungspflicht, da in bezug auf die Art des Betriebes die Voraussetzungen des § 1 des Krankenversicherungsgesetzes nicht erfüllt sind."

Und weiter: "Der Auslegung, welche der Verein handwerkstreuer Bäcker gesellen dem Begriff „Arbeitnehmer“ im § 41 des Kassenstatuts gibt, vermögen wir uns nicht anzuschließen. Das Frankenversicherungsgesetz unterscheidet in bezug auf die Vertretung im Vorstand und in der Generalversammlung nur zwischen Arbeitgebern und Kassenmitgliedern (§ 34, 37 und 38 des Gesetzes). Zu den Arbeitnehmern im Sinne des § 41 des Statuts gehören deshalb zweifels auch diejenigen Kassenmitglieder, welche im Anschluß an eine schwere Zwangsmittelhaft als Arbeitnehmer ihr Versicherungsverhältnis freiwillig fortgesetzt haben. Dies ist bei Biegton der Fall. Aus den dargelegten Gründen haben wir keine Veranlassung, die Wahl des Kassenvorstandes Biegton für ungültig zu erklären."

So, Ihr gelben Freunde! Nichts will Euch so recht glücken; vor allem nicht den "Protestieren" habt Ihr entschieden Pech. Es ist aber auch ein böses Ding, das frankenversicherungsgesetz, und wenn das Gehirn noch etwas verkleistert, findet Ihr Euch gar nicht mehr zurecht; lasst lieber das "Protestieren", bei dem Ihr Euch nur blamiert, in Zukunft sein!"

Polizei und Gerichte.

Ein nützliches Glied der Gesellschaft. Als zur Zeit des Berliner Streiks ein Trupp arbeitswilliger Bäcker unter Begleitung von Polizeibeamten hoffnungslos an dem Streitposten auf dem Hauptbahnhof in Magdeburg vorspringen, da befand sich unter ihnen auch ein gewisser Karl Mackau, ein schon mehrfach wegen Diebstahls vorbestrafter Bursche. Auch er konnte sich der härtesten und freudlichsten Behandlung von Seiten der Bäckermeister und der Schuhleute erfreuen, denn er war wieder einmal in die Reihen der staatsverherrschenden Elemente eingetreten. Aber seine staatsritterliche Tätigkeit schien nicht allzu lange gedauert zu haben. Wir seien jedoch in der Magdeburger Tagespresse: "Der schon vielfach vorbestrafte Bäckermeister Karl Mackau ist wegen Diebstahls, begangen an seinen Kollegen, zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt worden". (1) Das ist wieder einer von den guten und braven Bäckergesellen, auf die der wahrscheinlichste Garmanne so sehr stolz ist.

Alage wegen Nichteinhaltung des Tarifvertrages. Wir brachten in Nr. 84 unter "Gewerbegechtliches" aus Frankfurt a. M. die Mitteilung, daß unseres Mitglied Wagner in seiner Klage gegen den Bäckermeister Schielo wegen Entschädigung für Ferien, Auszahlung rückständigen und M 45.740 Zahlung des unter dem Tarif bezahlten Lohnes vom Gewerbegecht nur M 12 für die Ferien und der zuständige Lohn zugesprochen worden sei. Das Landgericht, welches Wagner infolgedessen antief, hat ihm nun zwar M 16 als Entschädigung für Ferien außer dem rückständigen Lohn zugesprochen, seinen Anspruch auf die Tarifdifferenz aber wieder abgelehnt. Wir wiesen schon in unserer ersten Mitteilung darauf hin, daß alle Kollegen, welche zur Zeit der Anerkennung eines Tarifes seitens eines Bäckermeisters bei diesem schon in Arbeit stehen, am sichersten zu ihrem Recht kommen, wenn sie sofort ausdrücklich für ihre Person die neuen Tarifhöhe verlangen. Außerdem entscheiden die Gerichte, wie vornehmlich erachtet, daß der Arbeiter stillschweigend auch weiterhin mit dem höheren — geringeren — Lohn einverstanden gewesen sei.

Beleidigungsklage. Am 29. Oktober verhandelt das Landgericht Stuttgart gegen den Verbandsvorsitzenden O. Allmann-Hamburg wegen Beleidigung des Vorstandsmitgliedes Pfälzer vom Spat- und Konsumverein Stuttgart als Berufungsinstanz. In Nr. 16, Jahrgang 1906, der "Deutschen Bäckerzeitung" veröffentlichte Allmann in der Eigenschaft als Verbandsvorsitzender nachstehende Bekanntmachung:

Der letzten Vorstandssitzung lag ein Gefecht des Gauleiters Anton Lantkes-Frankfurt vor, der Verbandsvorstand sei in folgender Sache ein Urteil fällen: Herr Pfälzer, Geschäftsführer des Stuttgarter Konsumvereins (in deren Bäckerei Lantkes früher arbeitete) hat vor längerer Zeit behauptet: „Lantkes hat einem Ausheiler weniger Lohn bezahlt, als er selbst für die betr. Zeit verdiente.“ Lantkes verlangte von Herrn Pfälzer die Beleidigungserquelle zu wissen, erhielt zur Antwort, daß sei Lantkes Ausheiler, Braun, gewesen, der diese Verhetzung vor Jahren gebraucht habe und heute in der Probg-Begend sein müsse. Der Bäckmeister Pfälzer sollte dieses auch gehört haben. Letzterer erkannte wohl eines solchen Gerichts, weiß aber nicht, von wem es ausgegangen und ob etwas Bahnes daran sei. — Lantkes ersuchte daraus Herrn Pfälzer um Zurücknahme der Beleidigung, deren Unhaltbarkeit Lantkes beweisen könnte. Herr Pfälzer verweigerte jolche Erklärung. Von uns wurde dann der Arbeitsschreiber Genosse Rother-Stuttgart erachtet, ein Mandatsträger zu bilden, um die Angelegenheit zu prüfen. Auf zweimaliges Ersuchen, vor dem Schwurgericht zu ermitteln, verweigerte Herr Pfälzer dieses jedesmal. Die Sache gerichtlich auszutragen, unterließ Lantkes auf Ersuchen der Zeugen, unserer Mitglieder, die in der Konsumbäckerei Stuttgart beschäftigt sind.

Wir sind nun auf Grund genauen Studiums der Akten in dieser Sache zu der Überzeugung gelangt, daß die Beleidigung des Herrn Pfälzer: Lantkes hat einem Ausheiler

weniger Lohn bezahlt, als er selbst für diese Zeit verdiente", eine sehr leichtfertige war und durch nichts zu beweisen ist. Dagegen kann Lantkes nachweisen, daß er seinem Ausheiler mindestens das bezahlte, was er für die Zeit der Ausheilung selbst verdiente.

Pfälzer strengte wegen der in Everett erschienenen Worte Privatbeleidigungsklage gegen Allmann an. In der Schöffengerichtsverhandlung wurde Allmann wegen Beleidigung zu M 50 Geldstrafe verurteilt. Dagegen legte Allmann freigesprochen, die Kosten trägt der Privatläger Pfälzer. In der Begründung wird dem Angeklagten der Schutz des § 193 zugestrichen. Darin sei allerdings nur von Wahrung berechtigter Interessen die Rede. Nach Ansicht her vorragender Kommentatoren, muss der Schutz erweitert werden auf die Wahrung berechtigter fremder Interessen. O. müßte in seiner Eigenschaft als Verbandsvorsitzender seine Mitglieder vor Verleumdung schützen. Der Angeklagte ist mit seinem Urteil nicht zu weit gegangen, weil vom Kläger heute noch nicht der Beweis für seine Beleidigung erbracht werden konnte. Dagegen hat das Gericht dem Zeugen Lantkes Glauben gegeben, er sei der Zeuge habe die Ausheilung so bezahlt wie er verdiente.

Recht eigentlich ist auf Grund der obigen Darstellung die Beleidigungsklage entstanden. Gewohnt sind wir es, daß die Angestellten in der Arbeiterbewegung täglich von den Gegnern mit den schmutzigsten Einstellungen beworfen werden. Wenn aber selbst ein Angestellter von einem Konsumverein gegen einen früheren Arbeiter im Betriebe, und erst nach Jahren seines Austrittes, Bekämpfungen aufstellt, die er nicht beweisen kann, dann darf es keinen Wundernehmen, wenn wir uns dagegen wehren. Hoffentlich hat der Ausgang der Verhandlung seine Wirkung nicht verfehlt.

Aus dem Innungslager.

Der Gesellenausschuß in Chemnitz hatte zum 24. Oktober eine Versammlung einberufen. Wer geglaubt hatte, nur eine Verhandlung über die Tätigkeit des Ausschusses anhören zu können; oder gar Ausschluß zu bekommen in welcher Weise die bei der Ausschuswahl reichlich vorgebrachten Beschwerden erlebt würden und welches positive Resultat sich daraus ergeben habe, der ist nicht auf seine Rechnung gekommen und kennt die glorreiche Geschichte der Chemnitzer Gesellen nicht; wir haben den Leuten so was gar nicht zutrauen. Wir wissen, daß dieser Ausschuss das fünfte Mal am Wagen ist und daß vor allem seine Tätigkeit nur die ausgesprochenen Innungsschäfte befreidigen kann. Nachdem die Tagesordnung bekannt gegeben war, fragte man einfach, wer das Wort möchte. Darauf eifriges Schweigen. Die verbauten "Noten" hatten mal Lust, die Gegner reden zu lassen, wollten mal deren Gesellschäfte sehen. Hatte doch der Schriftführer bei der Eröffnung bedauernd erklärt: "Die vorige Versammlung hat leider eine schwere Debatte der Organisierten mit den anwesenden Meistern gefordert." Nachdem sich nun die "Noten" eine ganze Weile an der Verlegenheit ihrer Gegner geweitet hatten und zu einem allgemeinen Gelächter nur wenig schaute — kam ein bekannter Schlämmer, der das Bulver nicht erstanden hat — und meinte ruhig: "Die vertretenen Organisierten haben doch immer so viel Beschwerden, da würgen sie doch einmal 'raus'. Nun, man tüte nun gründlich damit raus, was sie zu hören bekommen, werden sie nicht hinter den Spiegel stecken." Herr Obermeister Tiebel wurde erneut die somäßliche Handlungsweise vorgehalten, daß man drei Kollegen unter dem Vorwand, sie betrieben in der Herberge Agitation, von der Innung bestellt habe. Herr Tiebel antwortete mit seinen sonst so bekannten triftigen Gründen und meinte: "Die Herberge sei nur für ordnungsliebende Gesellen geschaffen und nicht als Tummelpunkt für sozialdemokratische Elemente; nicht die Meister beitreten die Gesellen aus, sondern der Verband, der die jungen Kollegen zum Beitritt zwinge und ihnen das Geld abknüpft". Ei, ei, Herr Obermeister, was Sie nicht alles wissen! Als ein Kollege erklärte, er möchte wissen, wer dem Innungstellenverwaltler, Herrn Gaisch, den Auftrag gegeben habe, organisierte Gesellen nicht in Arbeit zu schicken, Herr Gaisch hat dies selbst gesagt! erwiderte er: "Wenn der Geselle zu alt ist, kann ich ihm doch keine Arbeit geben. (1) und wenn gesagt wird, die Innung habe M 7 Mindestlohn beschlossen, aber es gäbe Gesellen, die für M 6 arbeiten, so wären sie selbst schuld. Der Verband habe die guten Gesellen verdorben, niemand wolle mehr in Arbeit gehen", und was des Klohs mehr war. Die Bemühungen der Innungsmänner und einiger ihrer Schäfte, dem verbauten roten Verband einen auszuweichen und durch Bedenken mit dem "roten Lappo" ein Gründler heranzutun, war aber vergebene Liebesmühe. Was ihnen auch die vrompten Antworten unserer Kollegen bewiesen haben dürfen. Über die Neuerungen der Innungsherrchen wollen wir mit diesen nicht streiten; wissen wir doch, daß ihre Motive und Unterstellungen nur Mittel zum Zweck sind. Gegen den verbauten Verband ist jedes, auch das gewünschte Mittel eben recht. Ihr kapitalistisches Profitinteresse erhebt ein diabolisch Draufgehen. Nur nicht zimplisch! ist ihre Devise — aber die Hauptsafe ist, daß wir genau dabei bleiben! Wenn nun einzelne Kollegen sich dann etwas zu gute tun, im Verlein einiger Meister auf uns zu schnippen und glauben, einen Kreuz machen zu müssen, indem sie erklären, noch niemals Missstände bemerkt zu haben und unbedingt mit allem aufzieden zu sein, so nehmen wir auch diese nicht ernst. Wir wissen, daß sie nur zu feige sind, um ihre Interessen zu vertreten. Die Mehrheit der Kollegen will mit diesen Schweißwettern und Bauchtrüschern nichts gemein haben! Wir sind mit dieser Versammlung sehr zufrieden und wünschen daß wieder eine derartige — oder wenn möglich, um Verstärkung!

Lohndrücker im Innungslager. Sonderbare Wünche "verhandeln" unsere Innungsmänner oft in ihren Versammlungen und "Dazutun", so auch die Verbauten Bäcker-Zwangsimming in ihrer Generalversammlung am 22. Oktober. Punkt 10 der Tagesordnung lautet: "Antrag des Obermeisters O. Brügel, keine jährliche Entschädigung von 600 auf 800 zu herabzusetzen." Er macht's also billiger, trotz der so teuren Zeiten! Ob in der Innungsklasse der Dallas so groß ist, daß die außerordentlichen Leistungen nicht mehr genügend honoriert werden können? Solche Bescheidenheit findet man selten bei Innungsführern. Da nun aber der Obermeister die Preise heruntersetzt, darf man

Kongress des Bäcker- und Konditoren-Verbandes in Dänemark.

Vom 22. bis 24. Oktober tagte in Odense, der Hauptstadt der Insel Fünen, die Generalversammlung des Verbandes der Bäcker und Konditoren. Der Saal des Volkshauses, in welchem die Versammlung tagte, war mit 92 Fahnen der einzelnen Mitgliedschaften des Verbandes schön ausgeschmückt. Nach dem Bericht der Mandatprüfungskommission waren außer 5 Mitgliedern der Zentralverwaltung des Verbandes 39 Delegierte anwesend, davon 9 aus Kopenhagen und 30 aus den Provinzmitgliedschaften. Gegen das neuw. Mandat aus Kopenhagen wurde Protest erhoben, weil nur 100 Mitglieder zu einem Mandat berechtigten und Kopenhagen 844 Mitglieder hat; dem Protest wurde insofern stattgegeben, dass der neuw. Delegierte von Kopenhagen nur beratende Stimme erhielt.

Die Genossen Allmann-Hamburg, Sjöstadt-Stockholm und Nygaard-Christiansia überbrachten die Grüsse des deutschen, schwedischen und norwegischen Brüderverbandes und wurden diese drei Delegierten des Auslandes vom Kongress herzlich willkommen geheissen. Interessant waren die Ausführungen des Kollegen Nygaard-Christiansia über den norwegischen Kampf gegen die Nachtarbeit. Er betonte, dass das Verbot der Nachtarbeit anfänglich einen Nutzen für die Kollegenschaft gebracht habe; dann sei aber die Organisation bedeutend zurückgegangen und nun habe die Reaktion mit voller Wucht eingesetzt und eine Verschlechterung des Gesetzes herbeigeführt, so dass trotz des Generalstreiks der norwegischen Bäcker jetzt die Kollegen schlechter stehen, als vor dem gesetzlichen Eingreifen. Da sich die Gesetzgebung in Dänemark jetzt auch anschickt, zur Beschränkung der Nachtarbeit überzugehen, warnte er die Kollegen davor, sich Illusionen hinzugeben. Er wünschte zum Schluss, dass sich die drei skandinavischen Bäckerverbände immer fester zusammenschliessen und dann gemeinsam sich dem Internationalen Sekretariat und der Unterstützungsgemeinschaft anschliessen.

Kollege Sivertsen, Vertreter der Sektion der Konditoren Dänemarks, verliest folgendes Begrüßungs-schreiben an den deutschen Verband:

An den Vorstand des
Deutschen Bäcker- und Konditorgehülfenverbandes
zu Hamburg.

Im Auftrage der deutschen Konditorgehülfen, welche hier in Dänemark arbeiten, erlaube ich mir hierdurch höflichst Ihnen die herzlichsten Grüsse zu überbringen und ich kann Ihnen nur mitteilen, dass dieselben sehr erfreut sind, dass den Kollegen im Heimatlande die Augen geöffnet worden sind über die Fachorganisation und wir wollen hoffen und wünschen, dass der Deutsche Bäcker- und Konditoren-verband siegreich aus dem Kampf gegen den Kapitalismus hervorgehen möge! Die dänische Gehülfenschaft freut sich, Hand in Hand mit ihren deutschen Brüdern arbeiten zu können, weil sie noch in verschiedenen Richtungen von denselben lernen können."

Kollege Sivertsen erklärt, dass die "Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung" von den deutschsprechenden Kollegen in Dänemark gern gelesen wird, weil sie sehr viel belebende Artikel sowohl über das Bäcker- als auch das Konditorgewerbe bringe.

Die sodann nach den Vorschlägen der Hauptverwaltung festgesetzte Tagesordnung lautet: 1. Konstituierung des Kongresses; 2. Bericht des Vorstandes und über das Fachblatt; 3. Rechenschaftsbericht des Kassierers; 4. Beratung der Statuten für den Verband und die Arbeitslosenunterstützung; 5. Verschiedene Vorschläge und Änderungsanträge; 6. Die Arbeitsnachweise des Verbandes; 7. Die Gegenseitigkeit mit dem Auslande; 8. Die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Mitglieder; 9. Wahl der Hauptverwaltung und des Ortes für den nächsten Verbandstag.

Der Verbandsvorsitzende Friis erstatter sodann Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes. Am 1. April 1903 hatte der Verband 44 Abteilungen und 1670 Mitglieder, am 1. September 1907 49 Abteilungen und 1946 Mitglieder. Bei den Lohnkämpfen der Geschäftsperiode sind für die Kollegen erreicht worden: Kr. 34066 wöchentliche Lohnerhöhung und 248 Stunden Arbeitszeitverkürzung pro Woche. Mit den Arbeitgebern von Seeland und Fünen sind neue Tarife abgeschlossen. Während der Verhandlungen läuft das Telegramm ein, dass die Arbeitgeber dieser beiden Inseln auf ihrer Versammlung mit 22 gegen 4 Stimmen dem Tarifabschluss zugestimmt haben. Dagegen war auch mit der Meistervereinigung von Jütland ein neuer Tarif abgeschlossen, welchen aber die Meistersversammlung dieses Landes abgelehnt hat. Darauf hat der gesamte Vorstand dieses Verbandes, an der Spitze Herr Stilling, Landstingabgeordneter, welcher schon 38 Jahre jenen Verband leitet, sein Amt niedergelegt. Nun würde in ganz Jütland der Streik bevorstehen, aber die Meister scheinen schon zu merken, welchen Bock sie geschossen haben, und während des Kongresses wird die Verbandsleitung wiederholt angerufen und um weitere Verhandlungen nachgesucht, die auch von dieser zugesagt wurden.

Um die Kollegen über die Arbeits- und Lohnbedingungen zu orientieren, seien hier folgende zwei Tarife abgedruckt:

1. Genossenschaftsbäckerei Kopenhagen.

1. Der Minimallohn beträgt Kr. 30 (1 Kr. ist M. 1,12) für Mischer, Kr. 81 für Springer, Kr. 33 für Ofenarbeiter und Kr. 36 für Backmeister. Überarbeit wird mit 75 Oere pro Stunde bezahlt. Jedoch darf solche nur in dringenden Notfällen stattfinden.

Bis zum 1. Oktober 1909 soll eine Verhandlung zwischen der Geschäftsleitung und dem Bäckerverband stattfinden, um den Lohn für die Nachtarbeit zu erhöhen.

2. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 48 Stunden, geteilt in 6 Tag- oder Nachschichten à 8 Stunden, inklusive je 1/2 Stunde Pause.

3. Am 1. Weihnachts-, Oster- und Pfingstfeiertage darf bis zum anderen Morgen 6 Uhr keine Arbeit verrichtet werden. Diese Tage werden als Extrafeiertage gerechnet und mitbezahlt.

Am 1. Mai und dem Nationalfeiertag wird die Arbeit von 12 Uhr Mittags bis 12 Uhr Nachts als Überarbeit mit Überstundenzulohn bezahlt.

Dieser Tarif gilt vom 1. März 1907 bis 1. Oktober 1911.

2. Insel Fünen und Helsingør.

1. Der Minimallohn soll für Bäcker- und Konditorgehülfen im ersten Jahre nach beendet Lehrzeit, gleichviel welche Arbeit dieselben leisten, Kr. 21 betragen. Sonst beträgt der Minimallohn bei dritten Gehülfen in einem Betriebe Kr. 23, für zweite Gehülfen Kr. 24 und für erste Gehülfen Kr. 27. Wo nur ein Geselle als selbständiger Arbeiter beschäftigt ist, beträgt der Lohn Kr. 28. Für Konditoren ist der Minimallohn Kr. 25.

2. Die Arbeitszeit darf wöchentlich 72 Stunden nicht übersteigen, verteilt auf 6 Tage mit je 12 Stunden, inklusive je 1/2 Stunden Essen- und Ruhepausen.

3. Wenn Streitigkeiten entstehen, werden dieselben einer Schlichtungskommission, bestehend aus drei Meistern und drei Gesellen und dem Bürgermeister des Ortes als Obmann, zur Beilegung überwiesen.

Der erste Diskussionsredner bedauert, dass der Verband auf dem Internationalen Kongress in Stuttgart nicht vertreten war und dass das Protokoll des Kongresses noch nicht ausführlich im Verbandsorgan erschienen ist. Dem schliessen sich alle anderen Redner an. Wiederholt wird auch von den Rednern hervorgehoben, dass regeres Versammlungs- und Organisationsleben in die Mitgliedschaften der Provinz hineinkommen müsse; es müsse auch seitens der Leitung und in den einzelnen Orten mehr getan werden, um die Tarife korrekt einzuhalten, denn viele Kollegen kümmern sich zu wenig um die Bestimmungen betreffs der Arbeitszeit und bieten sich auch bei den Meistern an, wieder bei ihnen in Logis zu sein, wodurch ihnen ihre politischen Rechte verloren gehen. Nachdem 20 Redner zum Vorstandsbericht gesprochen haben, wird die Redezeit auf fünf Minuten festgesetzt. Bemerkenswert sind noch die Ausführungen des Vorsitzenden der Kopenbager Abteilung, Kollegen Rasmussen. Er führt ungefähr aus: Wir sollen uns nicht irre führen lassen, und jetzt stürmisch die Beseitigung der Nachtarbeit verlangen, damit werden wir so schnell nichts erreichen. Und wenn wir noch nicht in der Lage sind, die Nachtarbeit allgemein beseitigen zu können, dürfen wir das auch nicht von den Genossenschaftsbäckereien verlangen. Wir sollen vor allen Dingen alles daran setzen, unsere Arbeitszeit zu verkürzen und die Löhne zu erhöhen, dann ist auch das Verlangen nach höherer Bezahlung der Nachtarbeit berechtigt.

Friis erklärt in seinem Schlusswort: Gegen meinen Willen ist beschlossen worden, dass wir nicht auf dem Internationalen Kongress vertreten waren. Der Kongress soll beschließen, dass wir an solchen Kongressen teilnehmen, dann muss auch in Zukunft der Vorstand Delegierte entsenden. In der Frage der Bekämpfung der Nachtarbeit bin ich der Meinung wie Rasmussen. Aber die Beschränkung der Nachtarbeit für Lehrlinge, die gesetzlich festgelegt ist, soll strenger durchgeführt werden. Jetzt dürfen Lehrlinge nicht vor 4 Uhr Morgens mit der Arbeit beginnen, müssen dann nach vier Stunden Arbeit eine Stunde Pause haben, und dann dürfen sie nur weiter vier Stunden beschäftigt werden. — Redner klärt noch die einzelnen Beschränkungen auf.

Über die Wirksamkeit des Fachblattes referiert Redakteur Friis. In der Debatte ist man allgemein nicht zufrieden mit dem Fachblatt, verlangt mehr lehrende Artikel, Abkürzung der Berichte, vierzehntägiges Erscheinen des Fachblattes (es erscheint monatlich einmal). Sjöstadt-Schweden führt aus, dass, wenn die Kollegen grösseres Format des Fachblattes und öfteres Erscheinen desselben haben wollen, dann sollten dieselben erst mehr Mitglieder schaffen; denn in dem kleinen Lande mit verhältnismässig wenig Berufsangehörigen könnte in der Fachblattfrage der Unterkosten wegen, das nicht geleistet werden wie in Deutschland. Auf Antrag von Sivertsen werden die Kollegen im Lande aufgefordert, mehr durch Einseadung von Artikeln am Fachblatt mitzuarbeiten. Im übrigen erklärt sich der Kongress mit der Tätigkeit des Redakteurs einverstanden.

Der Hauptkassierer Jakobsen erstattet dann eingehenden Kassenbericht: Hauptkasse Kr. 47.197,67 Einnahme Kr. 3812,62 Kassenbestand. Streikkasse Kr. 13.657,44 und Streikkasse Kr. 18.742,21 Einnahme und ebensoviel Ausgabe. Arbeitslosenkasse Kr. 80.589,50 Einnahme und Kr. 6888,25 Kassenbestand. Für Weihnachtsunterstützung Kr. 4532 Einnahme und ebensoviel Ausgabe. Der Gesamtkassenbestand aller Kassen der Organisation beträgt Kr. 25.183,31, während die Gesamt-einnahme Kr. 16.468,82 beträgt. Im Durchschnitt des letzten Halbjahres kommen auf 1559 arbeitende Mitglieder des Verbandes 178 arbeitslose Mitglieder, die zu unterstützen waren. Die Arbeitslosigkeit ist also immer noch eine sehr grosse, trotzdem fortwährend viele Kollegen nach Deutschland abreisen. Redner verlangt genaue Revisionen und Pünktlichkeit der Abrechnung in den Zahlstellen, damit Unregelmässigkeiten vermieden werden.

Für die Arbeitslose-Unterstützung muss ein neues Staat geschaffen werden, und es wird in Zukunft diese Kasse besonders, das heisst getrennt von der Verbandskasse, geführt. Die Regierung gewährt einen jährlichen Zuschuss zu dieser Kasse von Kr. 17.000 bis Kr. 20.000, außerdem eine Beitrag zur Bestreitung der Verwaltungskosten. Dagegen machen sich sehr viel Bedenken laut. So wird unter anderem hervorgehoben, dass dann der Verband nicht in der Lage sei, Streikbrecher aus der Unterstützungsgemeinschaft auszuschliessen. Die Kondi-

toren werden im Statut als Kuchenbäcker benannt, wobei viele empört sind, weil Kuchenbäcker ganz andere Spezialarbeiten haben als die Konditoren. Schliesslich werden aber die Widersprüche geglättet und das Statut wird angenommen. Zur Verwaltung der Unterstützungs-kasse wird ein Vorstand, bestehend aus sieben Kollegen in Kopenhagen und fünf Kollegen aus der Provinz, gewählt. Dieser Vorstand bildet auch gleich den Vorstand der Organisation. Es besteht also eine Personengemeinschaft in der Leitung zwischen der Unterstützungs-gemeinschaft und dem Verband, die eigentlich jetzt zwei Organisationen sind.

Weil der Kollege Allmann am 23. Oktober Abends noch abreisen muss, wird an diesem Tage noch länger getagt und sein Bericht über die Beschlüsse des Internationalen Kongresses in Stuttgart entgegengenommen. Der Bericht, vom Kollegen Frandsen übersetzt, wird mit Beifall entgegengenommen.

Die gesamten Delegierten begleiten Kollegen Allmann nach der Bahn und schieden von ihm mit dem Rufe: Auf Wiedersehen im Jahre 1910 auf dem Internationalen Kongress in Copenhagen!

Am anderen Tage wurde dann eingehend über die Beschlüsse des Internationalen Kongresses diskutiert und dieselben durch Beschluss einstimmig anerkannt, nachdem auch Kollege Sjöstadt-Schweden wiederholt in die Debatte mit eingegriffen hatte. Der Verbandsvorstand wird beauftragt, in Zukunft stets die internationalen Kongresse durch Delegierte zu beschicken. Der sofortige Anschluss an das Internationale Sekretariat wird beschlossen. Betreffs der Gegenseitigkeit mit dem Auslande wurde noch beschlossen: „Der 7. Kongress des dänischen Bäckerverbandes spricht sein Bedauern darüber aus, dass der norwegische Bäckerverband bisher nicht im Gegenseitigkeitsvertrag mit den übrigen Ländern stand, und fordert die norwegischen Kollegen auf, schleunigst den Beschluss zu fassen, dem Internationalen Sekretariat und der Unterstützungsgemeinschaft der verschiedenen Länder beizutreten.“ Kollege Nygaard-Norwegen erklärt, dass, nachdem er das Protokoll des Internationalen Kongresses gehört hat, kann er sich nur voll und ganz auf den Boden der dort gefassten Beschlüsse stellen und wird mit Energie in seinem Heimatlande dafür eintreten, dass Norwegen der Resolution nachkommt. Nygaard wünscht, dass auch bald in den kahlen Felsen Norwegens den Bäckern die Befreiungssonne leuchten möge.

Sodann wurde noch folgende Resolution beschlossen: „Der 7. dänische Bäckerkongress spricht der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion seine Anerkennung aus für die intensive Arbeit im Reichstage gelegentlich der Beratung des Lehrlingsgesetzes, und fordert die Mitglieder des Bäckerverbandes auf, sich mehr als bisher politisch zu betätigen, um brauchbare Arbeiterschutzgesetze durchzubringen.“

Ein Antrag von Kopenhagen, in Zukunft statt wie bisher auf 100 schon auf 50 Mitglieder einen Delegierten wählen zu können, rief eine lange Debatte hervor. Es wurde eine Kommission zur Beratung des Antrages eingesetzt und diese machte den Vermittlungsvorschlag, auf je 75 Mitglieder einen Delegierten zu wählen, welcher Vorschlag auch angenommen wurde.

Die Statutenberatung ging glatt von statthaften und wurde noch die Taktik bei den zukünftigen Lohnbewegungen eingehend besprochen.

Einen Geschäftsführer des Verbandes anzustellen, wurde abgelehnt, und führen die Personen weiter die Geschäfte im Nebenamt. Die Entschädigung für den Vorsitzenden wurde von Kr. 400 auf Kr. 500 erhöht, die des Hauptkassierers von Kr. 500 auf Kr. 500. Friis wurde als Vorsitzender, Jakobsen als Hauptkassierer und Anderssen als Sekretär wiedergewählt.

Mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Bäckerbewegung wurde der Kongress geschlossen.

Es ist eine Freude, wenn man das rege Organisationsleben auch in den kleinsten Orten dieses kleinen Dänemark sieht, und welche bedeutenden Verbesserungen ihrer Lebenslage haben sich dieselben schon durch ihre stramme Organisation errungen! Mögen unsere deutschen Kollegen nur auch überall bestrebt sein, im Ausbau und in der Stärkung ihrer Organisation in allen Gegenden des Landes ihren nordischen Brüdern nachzueifern!

Lohnkämpfe in Böhmen und Mähren!
Die Bäcker in Prag und Dux (Böhmen) und in Brünn (Mähren) stehen im Lohnkampfe. Zugang ist streng fernzuhalten!

Bäckeraussperrung in Lodz. Die Aussperrung wird eine immer gebräuchlichere Waffe in den Händen der Unternehmer in Russland. Vor noch nicht langer Zeit hatten die Warschauer Bäckermeister eine Aussperrung verhängt, die ungefähr vier Monate andauerte. Nun haben ihre Lodzer Brüder — die jüdischen Bäcker — zirka 500 Arbeiter auf die Strasse gesetzt. Diese Aussperrung wurde durch eine Verordnung des Generalgouverneurs hervorgerufen, durch welche alle Bäckereiarbeiter verpflichtet waren, ihre Pässe der Polizei vorzulegen: die Verordnung verbot ferner den sogenannten „Reserve-Nachtarbeitern“, zu arbeiten. Die letzteren, die nicht beständig Arbeit haben, verdingen sich oft auf eine oder mehrere Nächte.

Da der Verband der Bäckereiarbeiter nicht bereit war, sich auf diese Verordnung zu beziehen, verhängten die Unternehmer die Aussperrung. Dies gab Veranlassung zur Verhaftung verschiedener Mitglieder des Verbandes. Ohne Polizeidienste könnten ja die russischen Scharfmacher nicht auskommen.

Literarisches.

Im Verlage der Buchhandlung Fortwärts, Berlin SW 88, erschien der Arbeiter-Kalender für das Jahr 1908. Der Preis des gebundenen Kalenders beträgt 60 Pf. Erhältlich in derselbe in allen Parteibuchhandlungen sowie bei allen Kolporteuren.

